

Bezirks-Blatt

Ercheint jeden Dienstag,
Donnerstag und Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal
bei der Post abgeholt 96 Pf.
durch unsere Boten oder durch die
Post in's Haus geliefert 1.20 Mk.

Abg. d. Reichs-Verwaltung: Reichs-
Verwaltung.

für das Krug- und
umfassend die Königl.
Höhr-Brennhausen



Rannenbäderland
Amtsgerichts-Bezirk
und Sellers

Kannst du den Namen bei
S. S. in den Händen
Kannst du den Namen bei
S. S. in den Händen

Interessengeld 15 Pf.
die jeder Seite über dem Name

General-Anzeiger für den Westerwald.

Redaktion, Druck und Verlag von S. M. H. Lemann in Höhr.

No. 146 Samstag, den 19. Dezember 1916.

Höhr, Dienstag, den 19. Dezember 1916.

40. Jahrgang

Bekanntmachung, bezt. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln.

Vom 11. Dezember 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes
über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen
Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl.
S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Jede Art von Lichterklammer ist verboten. Als
Lichterklammer gilt auch die Beleuchtung der Aufschriften von
Namen, Firmenbezeichnungen usw. an Läden, Geschäftshäusern,
Gassen, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés,
Theatern, Lichtspielhäusern, wie überhaupt an sämtlichen
Vergnügungsorten.

§ 2. Alle offenen Verkaufsstellen sind um 7, Sonn-
abends um 8 Uhr abends zu schließen. Ausgenommen
sind nur Apotheken und Verkaufsstellen, in denen der
Verkauf von Lebensmitteln oder von Zeitungen als der
Haupterwerbszweig betrieben wird.

§ 3. Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés,
Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen
stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsorte aller Art
sind um 10 Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt
von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen
oder Getränke verabreicht werden.

Die Landeszentralbehörden und die von ihnen beauf-
tragten Behörden werden ermächtigt, für bestimmte Be-
zirke oder Betriebe und in Einzelfällen eine spätere Schließung,
jedoch nicht über 11 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, zu gestatten.

§ 4. Die Beleuchtung der Schaufenster, der Läden
und der sonstigen zum Verkauf an das Publikum be-
stimmten Räume ist auf das unbedingt erforderliche Maß
einzuschränken. Das gleiche gilt für Gast-, Speise- und
Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume,
in denen Schaustellungen stattfinden, sowie für öffentliche
Vergnügungsorte aller Art. Die Polizeibehörden sind
berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Die Außenbeleuchtung von Schaufenstern und von Ge-
bäuden zu gewerblichen Zwecken ist verboten. Ausnahmen
können von den Polizeibehörden zugelassen werden. Die Be-
stimmung im Absatz 1 Satz 1 hat hierbei Anwendung zu finden.

§ 5. Die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und
Plätze ist bis auf das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen
Sicherheit notwendige Maß einzuschränken.

Die Polizeibehörden sind berechtigt, die erforderlichen
Anordnungen zu treffen.

§ 6. Die elektrischen Straßenbahnen und Straßenbahn-
ähnlichen Kleinbahnen haben ihren Betrieb soweit einzu-
schränken, wie es sich irgend mit den Verkehrsverhältnissen
vereinbaren läßt.

Die Aufsichtsbehörden können die entsprechenden An-
ordnungen treffen.

§ 7. Die dauernde Beleuchtung der gemeinsamen
Hausflure und Treppen in Wohngebäuden ist nach 9 Uhr
abends verboten.

Die zuständigen Polizeibehörden sind berechtigt, Aus-
nahmen zu gestatten.

§ 8. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3, § 4 Abs. 2
Satz 1, § 7 oder den auf Grund des § 4 Abs. 1, der §§ 5,
6 getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geld-
strafe bis zu zehntausend Mark oder mit Haft oder mit
Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Dezember
1916, die Vorschriften im § 2 jedoch mit dem 1. Januar
1917 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Tag ihres Außerkrafttretens.

Berlin, den 11. Dezember 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:
Dr. Helfferich.

Montabaur, den 15. Dezember 1916.

Die Gendarmerie und die Ortspolizeibehörden des
Kreises werden mit strenger Ueberwachung der neuen Vor-
schriften hiermit beauftragt.

Der Königl. Landrat: Vertuch.

Wieb hiermit veröffentlicht.
Höhr, den 18. Dezember 1916.

Der Bürgermeister: Dr. Arnold.

Die noch restlichen Beträge für abgeliefertes Kupfer
und Messing, Anerkennnischein Nr. 302 bis 377 werden
gegen Rückgabe der unterschriebenen Scheine am Mittwoch,
den 20. Dezember von 2—5 Uhr Nachmittags bei der Ge-
meindekasse hier ausgegibt.

Höhr, 18. Dezember 1916.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung über Kartoffeln.

Vom 1. Dezember 1916.

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmassnahmen
zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916
(Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird verordnet:

§ 1. Die Regelung der Versorgung der Bevölkerung
mit Speisekartoffeln (§ 2) der Bekanntmachung über die
Kartoffelversorgung vom 26. Juni 1916, Reichs-Gesetzbl.
S. 590) hat nach dem Grundsatze zu erfolgen, daß der
Kartoffelerzeuger bis zum 31. Dezember 1916 und vom
1. März 1917 bis zum 20. Juli 1917 auf den Tag und
Kopf bis 1 $\frac{1}{2}$ Pfund Kartoffeln, in der Zeit vom 1. Januar 1917
bis 28. Februar 1917 bis 1 Pfund Kartoffeln seiner Ernte für
sich und für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden
darf. Im übrigen wird der Tageskopfsatz bis zum
31. Dezember 1916 auf höchstens 1 Pfund Kartoffeln, vom
1. Januar 1917 bis zum 20. Juli 1917 auf höchstens
1 $\frac{1}{2}$ Pfund Kartoffeln mit der Maßgabe festgesetzt, daß der
Schwerarbeiter eine tägliche Zulage bis 1 Pfund, vom
1. Januar 1917 ab eine tägliche Zulage bis 1 $\frac{1}{4}$ Pfund
Kartoffeln erhält.

§ 2. Kartoffeln, Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl
sowie Erzeugnisse der Kartoffelveredlung dürfen vorbehaltlich
der Vorschriften im Abs. 2, nicht verfälscht werden.

Verfälscht werden dürfen nur Kartoffeln, die nicht
gesund sind, oder die Mindestgröße von 1 Zoll (2,72
Zentimeter) nicht erreichen. Die Verfälschung darf nur
erfolgen an Schweine und an Federvieh, und nur, soweit
die Verfälschung an Schweine und an Federvieh nicht mög-
lich ist, auch an andere Tiere.

§ 3. Es ist verboten, Kartoffeln einzufäulen und die
an die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H.
in Berlin abzuliefernden Mengen zu vergällen oder mit
anderen Gegenständen zu vermengen.

§ 4. Zur Deckung des für die Ernährung der Be-
völkerung bis zum 20. Juli 1917 erforderlichen Bedarfs an
Kartoffeln in den Kommunalverbänden und Bezirken, die diesen
Bedarf nicht aus den bei ihnen verfügbaren Vorräten decken
können, haben die Vermittlungsstellen (§ 7 der Bekannt-
machung über die Kartoffelversorgung vom 26. Juni 1916,
Reichs-Gesetzbl. S. 590) die ihnen von der Reichskartoffel-
stelle aufgegebenen Mengen in den Kommunalverbänden ihres
Bezirktes sicher zu stellen.

§ 5. Die Vermittlungsstellen haben zur Durchführung
der Sicherstellung die ihnen aufgegebenen Mengen auf die
Kommunalverbände ihres Bezirktes nach Anweisung der Reichs-
kartoffelstelle zu verteilen. Soweit auf Grund der Sicher-
stellung gemäß § 1 der Bekanntmachung vom 2. August 1916
(Reichs-Gesetzbl. S. 875) auf Anfordern der Reichskartoffel-
stelle aufgegebenen Mengen in den Kommunalverbänden ihres
Bezirktes sicher zu stellen.

§ 6. Die Kommunalverbände haben die ihnen zur Sicher-
stellung aufgegebenen Mengen auf die Gemeinde-
bezirke unterzuverteilen. In den Gemeinden erfolgt die
Unterverteilung auf die Kartoffelerzeuger durch den Gemeinde-
vorstand.

§ 7. Die Kommunalverbände können bei den Kartoffel-
erzeugern auch diejenigen Mengen sicherstellen, die zur Deckung
des eigenen Bedarfs des Kommunalverbandes erforderlich sind.

§ 8. Die Kartoffelerzeuger haben ihre Kartoffelvorräte
pflöglich zu behandeln und dürfen sie in Höhe der bei ihnen
sichergestellten Mengen nicht verbrauchen noch durch Rechts-
geschäfte darüber verfügen.

§ 9. Für die Beschaffenheit der Kartoffeln, die auf
Anfordern der Reichskartoffelstelle zu liefern sind, gelten die
Lieferungsbedingungen der Reichskartoffelstelle mit der Maß-
gabe, daß als Speisekartoffeln gute, gesunde Kartoffeln von
1 Zoll (2,72) Zentimeter Mindestgröße geliefert werden
dürfen.

§ 10. Wer als Kommunalverband und als Gemeinde
im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist, regelt sich nach
den Bestimmungen der Landeszentralbehörden, die auf Grund
des § 11 der Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung
vom 26. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 590) erlassen sind.

§ 11. Wer den Vorschriften in den §§ 2, 3 und 7
oder den Anordnungen des Kommunalverbandes oder der
Gemeinde über die Sicherstellung und Abgabe der sicher-
gestellten Kartoffeln zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis
zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark
oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe
können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung be-
zieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht,
eingezogen werden.

§ 12. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 13. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 14. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 15. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 16. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 17. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 18. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 19. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 20. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 21. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 22. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 23. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 24. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 25. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 26. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 27. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 28. Die Sicherstellung der Kartoffeln ist durch die
Kommunalverbände und die Gemeinden zu gewährleisten.

§ 11. Die Bekanntmachung über die Verpflichtung
der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger zur
Sicherstellung und Abgabe von Kartoffeln vom 2. August
1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 875) und die Bekanntmachung
über Kartoffeln vom 14. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl.
S. 1165) werden aufgehoben. Die zu diesen Bekannt-
machungen erlassenen Ausführungsbestimmungen bleiben bis
zur Änderung durch die zuständigen Stellen in Kraft.

§ 12. Diese Verordnung tritt mit dem 4. Dezember
1916 in Kraft.

Berlin, den 1. Dezember 1916.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers:
Dr. Helfferich.

Anordnung.

Auf Grund der vorstehenden Bekanntmachung über
Kartoffeln vom 1. Dez. 1916 wird für den Bezirk des
Unterwesterwaldkreises folgendes angeordnet:

§ 1. Infolge der Herabsetzung der Verbrauchsmengen
an Kartoffeln sind gemäß § 1 a. a. O. folgende Kartoffel-
mengen ablieferungsplichtig:

1. Von jedem Kartoffelerzeuger pro Kopf
seines Haushaltes 36 $\frac{1}{2}$ Pfund.

2. Von jedem Versorgungsberechtigten, welcher
seinen Jahresbedarf bereits eingetellt hat, pro
Kopf seines Haushaltes 75 Pfund Kartoffeln

Die abgabepflichtigen Mengen sind alsbald auszu-
sondern und zur Ablieferung bereit zu halten. Zeit und
Ort der Ablieferung werden durch die Bürgermeisterämter
bekannt gegeben.

§ 2. Die Bürgermeisterämter haben bis zum 28. d.
Mts. auf Grund dieser Neuordnung Bestands- und Be-
darfs-Nachweisungen nach dem jetzigen Stande an den
Kreisausschuß einzureichen. Diese Nachweisungen sind nach
folgendem Muster aufzustellen:

Nachweisung über Kartoffeln der Gemeinde

1. Festbedarfsmenge am 28. Dezbr. 1916 Ztr.

2. Abgabepflichtig gewordene Mengen bezw. Wenigerbedarf
a) von (Zahl) Erzeugern à 36 $\frac{1}{2}$ Pfd. = Ztr.

b) von (Zahl) Versorgungsberechtigten à 75 Pfd. = Ztr.

Ergibt Ueberschuß Ztr.

Ergibt Fehlbetrag Ztr.

§ 3. Die Sicherstellung der abgabepflichtig werdenden
Kartoffelmengen und deren Unterverteilung auf die Ab-
gabepflichtigen hat gemäß § 5 a. a. O. durch die Gemeinde-
vorstände zu erfolgen.

§ 4. Die Anordnung ist sofort ortsdäblich bekannt zu
machen.

Montabaur, den 16. Dezember 1916.
Der Landrat: Vertuch.

Wieb veröffentlicht.
Höhr, den 19. Dezember 1916.
Dr. Arnold, Bürgermeister.

Betr. Hansschlachtungsanträge.

Die mir vorgelegten Anträge auf Genehmigung
gemeinschaftlicher Schlachtungen lassen fast durchweg die An-
gaben vermissen, ob das Tier auch gemeinschaftlich gemästet
ist. Ebenso fehlt die Angabe, wieviel jeder Anteil erhält.
Zu Ermangelung dieser wesentlichen Voraussetzungen kann
die gemeinschaftliche Schlachtung nicht genehmigt werden.

Höhr, den 17. Dezember 1916.
Dr. Arnold, Bürgermeister.

Provinzielles und Vermischtes.

Höhr, 19. Dezember. Aus der Sammelbüchse des
Hotel Müllbach wurden der Gemeinde für Kriegs-
fürsorge Mk. 42,75 überwiesen. Den Spendern herzlichen
Dank.

Höhr. Der Seminarist Ernst Gerhartz von hier,
beim 52. Feldartillerie-Brigade-Stab hat an der Somme
das Eisene Kreuz erhalten.

Höhr. Vom 18. d. Mts. ab sind die hiesigen
Posthalter Werktags von 8—12 Vormittags und 2—6 $\frac{1}{2}$
Uhr Nachmittags geöffnet.

Weilburg, 13. Dez. Die Eröffnung der hiesigen
Kriegsküche wird am 18. Dezember erfolgen.

Elville, 13. Dez. Eine allgemeine Volksküche oder
Menschenküche soll hier am 1. Januar 1917 im Hotel
Reisenbach eingerichtet werden.

Die letzte Kriegswöche.

Das Friedensangebot, das die Vierbündestaaten den Feinden übermitteln ließen, bleibt eine Tat von historischer Größe, auch wenn ihm der Erfolg zunächst verweigert sein sollte. Es gibt keinen schöneren Bund auf Erden als den, den Stärke und Menschlichkeit schließen. Und diesem Bund ist das Friedenswort an die feindlichen Regierungen entsprossen. Unsere Gegner bemühen sich in ihrer Presse, denn die Regierungen haben noch nicht gesprochen, konnten es auch noch nicht, vergeblich, das Friedensangebot der Zentralmächte zu verkleinern, es als eine Hinterhältigkeit oder als ein Zeichen der Schwäche darzustellen. Die Friedensnote der Vierbündestaaten ist in Wirklichkeit die edelste und aufrichtigste Kundgebung, die je von der Politik ausgegangen ist. Sie ist wahr und ehrlich. Deutschland hat sich nicht verbitten, daß es nicht gewollt hat, Sieger geblieben auf allen Fronten. An der militärischen Überlegenheit des Vierbundes und an der Unmöglichkeit, unsere ehernen Reiter irgendwo zu durchbrechen, kann niemand mehr ein ernsthafter Zweifel bestehen, auch bei unseren verbündeten Feinden nicht mehr. Das einzige, worauf die Schürer und Erher noch wirklich bauen zu können vermeinten, war ihre Erwartung, uns durch endlose Ausdehnung der Feindseligkeiten wirtschaftlich müde zu kriegen, und so, wenn auch spät, doch endlich einmal das Vernichtungswort an uns zu vollenden. Die Befreiung der reichsten Kornkammer der Erde, der fruchtbaren walachischen Ebene mit ihren unerschöpflichen Schätzen an Getreide nicht bloß, sondern auch an Früchten, Petroleum und Wein, muß auch den letzten Hoffnungsstrahl, es könnte einmal eine Auszehrung gelingen, zunichten machen. Deutschland und seine Freunde sind die Starken, sind die Sieger. Aber sie tragen in den Händen nicht das Nachschwert der Vergeltung, sondern den Ölweig des Friedens. Der Schmerz über das namenlose Elend, über die grausigen Szenen des Krieges, über die Zerstörung aller Kultur-erregenschaften, die unsern Stolz bildeten, das heisse Verlangen, diesem Entsetzlichen je früher, je lieber ein Ende zu machen, dies und nichts anderes hat die Zentralmächte zur Abmittlung ihres Friedensangebotes an die Regierungen der feindlichen Staaten bewogen.

Das müssen auch unsere Feinde anerkennen, wenn sie das Jagd aus dem bisherigen Kriegsverlauf ziehen. Die Verluste der Feinde übersteigen alle Begriffe. Allein die Zahl der Gefangenen beträgt 2 800 000 Mann, die der blutigen Verluste durch Tod oder Verwundung ist erheblich viel höher. Rußland hat angestellten Berechnungen zufolge heute 1,6 Millionen Tote und 4 Millionen Verwundete, in Frankreich sind die entsprechenden Zahlen 900 000 bezw. 2,25 Millionen, in England 225 000 bezw. 525 000, in Italien 110 000 bezw. 250 000, in Serbien 110 000 bezw. 150 000, in Belgien 50 000 bezw. 110 000, in Rumänien bisher zusammen etwa 250 000. Die Gesamtzahl aller Verluste beträgt demnach 12 Millionen Mann um ein sehr beträchtliches. Um folgeschweren erscheint der Verlust Frankreichs im Hinblick auf den ohnehin starken Bevölkerungs-rückgang des Landes. Neben diesen ungeheuren Verlusten, zu denen noch rund 3 Millionen Javalide treten, kommen noch die gewaltigen Einbußen an Land, die unsere Feinde zu erleiden hatten. Rußland verlor 280 000 Quadratkilometer, Serbien 87 000, Rumänien schon jetzt mehr als 50 000, Belgien 29 000, Frankreich rund 20 000, Montenegro 14 000 Quadratkilometer. Unsere Einbuße beträgt dagegen noch nicht 21 000 Quadratkilometer, darunter etwa 10 000 im Elsaß, der Rest in Galizien und in der Bukowina. Dazu kommt noch die außerordentliche Einbuße an Kriegsmaterial, die unsere Feinde erlitten. Allein die nach Deutschland zurückgeführte Beute beträgt weit über 16 000 Geschütze mit rund 5 Millionen Geschossen, 4000 Maschinengewehre, über anderthalb Millionen Gewehre und Karabiner und über 10 000 Munitionsfahrzeuge. Durch diese ungeheuren Abgänge sind die Feinde geschwächt, sie machen sich lächerlich, wenn sie den deutschen Friedensvorschlag als ein Zeichen der Schwäche hinzustellen versuchen; sie sollten aber auch begreifen, was ihnen eine weitere Fortsetzung des Krieges noch nützen kann. Und Hindenburg raltet nicht. Die militärischen Operationen gehen weiter und werden bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden, das die Feinde erdulden lassen wird, wenn im gegnerischen Lager die bessere Einsicht sich noch nicht Geltung zu schaffen vermag. Wir können mit dem abgelaufenen Jahre wohl zufrieden und dankbar sein, so

lagte unser Generalfeldmarschall dem Vertreter der Neuporten World, Herrn Karl v. Wiegand. Wir haben keine Angst um das nächste Jahr und grüßen uns nicht um die Zukunft. Die Ententeinmächte haben nirgends einen greifbaren Erfolg erreicht oder auch nur etwas, was einem solchen nahekäme, trotz ihrer Überzahl und trotz des Umstandes, daß ihnen die Hilfsquellen des größten Teiles der Welt zur Verfügung stehen. Sie vertriehen 1915 ihre Völker aus 1916 und jetzt auf 1917. Paßt sie nur kommen, wir werden sehen und sie werden sehen. Frieden werden wir schließen, sobald wir den Feinden unseren Willen klargemacht haben, nachdem die Ententeinmächte erkannt haben, daß sie Deutschland nicht zerschmettern können und daß sie weder Deutschland noch dessen Bundesgenossen je zerschmettern werden, sobald die Sicherheit gegeben ist für den zukünftigen Schutz der Zentralmächte gegen die Wiederkehr einer solchen Verschwörung mit ähnlichem Ziel. Als der Korrespondent darauf hinwies, daß die Ententeinmächte für das kommende Frühjahr maßlose Anstrengungen und Vorbereitungen machten, erwiderte Hindenburg nur mit den beiden kurzen Worten: Wir auch, und bezeichnete es auf eine weitere Frage als möglich, daß die Ententeinmächte gegenüber den kommenden Kämpfen nur ein Kinderpiel gewesen sein könnte. Den Gesamtverlust der Feinde an Gefallenen, Verwundeten, Gefangenen und Kranken bezifferte der Feldmarschall auf rund 15 Millionen und bezeichnete demgegenüber unsere eigenen Verluste als erträglich. Die auf unumstößliche Tatsachen gegründete Siegeszuversicht unseres großen Feldmarschalls wird ganz Deutschland und dessen Verbündete erfüllen, wenn die Feinde unser hochherziges Friedensangebot ablehnen sollten. Aber zugleich würde ob solcher erneuten Ausschloßigkeit der furor teutonius mit elementarer Gewalt aufkommen und unter Verletzung jeder geübten Rücksichtnahme die wahnwütigen Gegner niederrennen, um der Welt endlich den Frieden zurückzugeben, den ihr die Feinde versagen wollten, obwohl ihnen eine gangbare Brücke zu ihm geschlagen war.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen ist für uns überall so günstig wie kaum je. Im Westen sind wir stärker geworden, als wir es bisher waren. Nirgends haben die Gegner zu einer großen Entschloßensiege die Kraft gefunden und durch sie unsere herrlichen Siege in Rumänien zu verhindern vermocht. Obwohl die zahlreichen rumänischen Flüsse durch Hochwasser geschwollen sind, obwohl die Brücken vom Feinde gesprengt wurden und die Wege kaum passierbar sind, geht es doch rasch und siegreich vorwärts in Rumänien dem endgültigen Ziele entgegen. General Sarrail hat seine der stolzen Hoffnungen erfüllt, die der Fehaverband auf ihn gesetzt hatte. Seine Lage mag in Anbetracht des ihm zur Verfügung gestellten buntschwarzen Meeres nicht ganz leicht sein; er hat sich ihr aber auch in keiner Weise gewachsen gezeigt und trotz endloser Vorbereitungen nichts erreicht. Was für ein Mann ist diesem Franzosen gegenüber der König Konstantin von Griechenland, der einer ganzen Reihe ranghöherer Wölfe Herr ward und bleiben wird. General Cadorna hat sich scheinbar ganz und gar unter seinen großen Regenjähren vergraben; von Helidentaten, deren er sich bisher mit so unerschöpflichem Selbstbewußtsein zu rühmen verstand, hört man schon lange nicht mehr reden. Unsere Feinde sehen, daß sie auf dem bisher verfolgten Wege niemals zum Ziele kommen; der vorgeschommene Wechsel auf dem Minister- und Oberbefehlshaberposten wird an der Lage nichts ändern. Werden sie neue Wege einschlagen, werden sie die ihnen entgegengesetzte Hand zur Beförderung ergreifen? Wir können ihre Antwort mit Ruhe abwarten, zum Kampfe entschlossen, zum Frieden bereit.

Lord Grey.

Bei der jetzt erfolgten Neubildung des britischen Kabinetts oder richtiger der ministeriellen Velleitigung der Diktatur Lord Georges ist das liberale Element soweit ausgeschaltet worden, daß von einer Koalitionsregierung kaum mehr gesprochen werden kann. Herr Asquith wird daher mit Lord Grey voraussichtlich seinen Sitz im Parlament auf der Seite der Opposition einnehmen. Die beiden entarteten Staatsmänner werden gewiß aus patriotischem Pflichtgefühl den Nachfolgern die Erfüllung ihrer Kriegsaufgaben nicht erschweren wollen. Die weitere Entwicklung aber wird davon abhängen, welche Richtung Herr Lord George, der vielgewandte, einschlagen wird. Mit Lord Grey tritt jetzt der

britische auswärtige Minister der Entente von seinem Amt zurück. Zuerst und schließlich warf Herr Delcassé die Fühler ins Korn, als es sich herausstellte, daß die Hoffnungen auf das Zerstückeln der Welt des zermalenden russischen Dampfes weichen. Herr Asquith stolperte über die britischen Ketten, die er allzu augenfällig trug. Lord Grey, Weniger unfeindlich allerdings, als der Ministerpräsident, bean in seinen, des Stodengländers Augen, muß die kommende Diktatur unverträglich sein mit Englands politischen Traditionen.

Aber die Persönlichkeit Grey wird in Deutschland nicht so sehr geachtet. Seine Laufbahn ist für einen englischen Parlamentarier und Minister typisch. 1882 wurde er geboren, er studierte in Oxford. Dreizehnjährig wurde er in das Parlament gewählt, dreizehnjährig war er bereits parlamentarischer Untersekretär des auswärtigen Amtes. Nach vier Jahren schied er aus und widmete sich ganz dem Sport. 1896 gewann er den ersten Tennistitel, 1899 veröffentlichte er ein Buch über das Fischen mit der Fliegen-Rute. Die Rückkehr der liberalen Partei zur Macht führte ihn 1905 in den Staatsdienst zurück und zwar zunächst als Minister des Äußeren. Dabei kannte Grey aus eigener Anschauung das Ausland gar nicht. Das erste Mal verließ er britischen Boden, als er im Frühjahr 1914 seinen Amt nach Paris begleitete. Es schloß ihm, wie wir der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnehmen, der eigene Maßstab für die stärksten politischen Strömungen im Ausland. Auch Gesellschaft pflegte Grey nie. Erlaubt es seine Zeit, dann pflegt er auf seinen Landhöfen hinauszufahren. Dort gleitet es ihn hinaus ins Freie, und er lauscht dem Gesänge der Vögel.

Mit Asquith und Lord Balfour bildete Grey den imperialistischen Flügel der liberalen Partei. 1904 wurde der Grund zur Entente mit Frankreich gelegt. Die Konferenz von Algieras im ersten Viertel des Jahres 1906 bot ihm Gelegenheit, diese Ententepolitik zu unterbreiten. Dazu schwebte ihm die Verständigung mit Rußland als stützende Stütze vor. Sie blieb das Leitmotiv seiner Politik, und er hing ihr mit der ganzen Zügelkraft an, die die Begleiterscheinung geringer Ideenbeweglichkeit zu sein pflegt. Unter diesen Umständen hatten die Vertreter Frankreichs und Rußlands, der kluge Vorkämpfer Paul Cambon und der geschickte Graf Benedek, leichtes Spiel. Ohne genügende Widerstandskraft gegen ihren Einfluß, an vorgefassten Meinungen starr festhaltend, wurde Grey zum Vertreter einer Gleichgewichtspolitik im insular-englischen Sinne, d. h. er verschob das Gleichgewicht, das bis dahin bestanden hatte, indem er bei allen ausstehenden Fragen die Stimme Englands in die Waagschale gegen Deutschlands Interessen warf und im Verein mit Frankreich und Rußland Deutschlands berechtigtem Streben nach Befriedung seiner politischen und wirtschaftlichen Kräfte überall hindernd in den Weg. Diesem Einseitigkeitsprinzip hat der Minister erhebliche Interessen Englands zum Opfer gebracht, i. B. in Persien solche politischer Art, in Marokko solche wirtschaftlicher Natur. Auf eine freie unvoreingenommene Auffassung verziehend, sah er alles durch die Brille derjenigen, die nicht auf Deutschlands Seite standen.

Welche Gefahren Greys Politik für die englischen Interessen und den Weltfrieden bedeute, erkannte man auch in England. Angesehene englische Politiker und Zeitungskritiker betonten, das Schreckgespenst einer deutschen Vormachtstellung auf dem Kontinent bestehe nur in der Einbildung. Die einzige Gefährdung des europäischen Gleichgewichts sei durch England hervorgerufen worden. Nichts sei leichter, als durch gleiche Beziehungen zu beiden kontinentalen Mächtegruppen zu pflegen und so das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten; aber es sei auch ebenso leicht, durch einseitige Parteilichkeit ein allgemeines Ungleichgewicht heraufzubeschwören. Damals, es war nach dem Risikofahr 1911, mußte selbst Grey Zugeständnisse machen. Auch die deutsch-englischen Verhandlungen über die Bagdadbahn und ein Kolonialabkommen vermittelten an der grundlegenden Politik Englands nichts zu ändern. Das zeigte sich bei dem Plan des Rautenabkommens mit Rußland, durch das England endgültig in den Vann der Kriegspolitik des Zweibundes gezogen werden sollte. Aber das Rautenabkommen hinaus, das nicht zustandekam, war Grey zu den gleichen Umarmungen mit Rußland bereit, die er mit Frankreich getroffen hatte. So glitt Grey weiter auf der schiefen Bahn der Abhängigkeit. Er glaubte zu schweben und

Nus der Kriegszeit.

Von M. Reinhold.

Der Büldienst im Werke hat schon seinen Anfang genommen, bevor von der Zentralstelle eine allgemeine Aufforderung zur freiwilligen Anmeldung ergangen ist. Die Lust und Liebe zur Sache war da, und als die erste Aufforderung von dem laut wurde, was kommen sollte, waren auch die Meldungen da. Sie konnten nicht gleich berücksichtigt werden, sind aber jetzt schon in den Bereich der Tätigkeit übergegangen. Unter denen, die sich für die Arbeit bei Behörden und in Geschäften haben vormerken lassen, befanden sich auch Angehörige aller Fakultäten, pensionierte Offiziere, die sich willig von neuem dem Dienstzwange, der nun einmal von der Dienstpflicht nicht loszulassen ist, unterwarfen. Für alle hervorragenden Männer, vom Kaiser an, für Hindenburg, für den Reichskanzler und für ihre Mitarbeiter gilt das Wort von des Dichters ewig gleichgestellter Uhr. Und von Bismarck, der so manche Nacht zum Arbeits-tag machte, ist die nachschreibende kleine Erzählung bekannt: Ein junger Landwirt-Geselle beschwerte sich bei dem Gutsherrn von Bargin, daß er zu viel zu arbeiten habe. Der erste Reichskanzler sah ihn von oben bis unten an und sagte trocken: „Noch lange nicht genug!“ — dreht sich um und ließ ihn gehen. Das soll heißen, daß auch der Büldienst erst genommen werden will, wenn er auch selbstverständlich lange nicht an das heranreicht, was die Feldgrauen vor dem Feinde im Felde zu leisten haben. Die Aufforderung zum Büldienst richtet sich auch schon an die jungen Akademiker: i. B. in der Universität Jena.

Auch für profanische Handarbeit sind arbeitsfreudige Personen schon gesucht worden, i. B. zur Entlastung der Eisenbahnen für den Abtransport und das Entladen von Frachtwaggons. Dazu haben sich auch viele Väter vom Lande, die jetzt in ihrem Betriebe nichts zu tun haben, gemeldet. Für Munitionsherstellung haben u. a. viele Gastwirte, bei denen zu Hause die Frau nach dem Dichten sehen kann, die tüchtigen Arme und Hände angeboten. Da im Restaurationsbetriebe große Stille herrscht, nehmen sie den Verdienst aus der Arztschilke gern mit. Alle Kreise, Jung und Alt, sind

bereit, sofern sie abkömmlich sind. Daß nicht von einem Betrieb in den anderen gelassen werden soll, ist selbstverständlich. Unter gewöhnlichen Verhältnissen würde vielleicht dieser oder jener sich geniert haben, kräftig zuzugreifen, aber heute, wo es eine Ehrensache ist, ist jeder bereit. Es wird verbürgt, und diese körperliche Beschäftigung hat bei so manchem dieselbe Wirkung wie Spiel und Sport.

Vorläufig keine Zigarettenverkürzung. Gegenüber der Annahme, daß die Zigaretten demnächst eine weitere Verkürzung erfahren werden, wird der „Post. Ztg.“ von dem Inhaber einer der größten Berliner Zigarettenfabriken auf Anfrage mitgeteilt, daß — vorläufig wenigstens — an einer derartigen Maßnahme nicht gedacht werden dürfte. Wenn auch für einzelne Tabakfabriken hin und wieder eine Preissteigerung eingetreten ist, die die Fabrikanten veranlassen könnte, auch ihrerseits die Preise zu erhöhen, so ist zu berücksichtigen, daß die meisten Zigarettenfabriken mit Rohmaterial für die nächste Zeit versorgt sind. Die Vorräte sind allerdings verkleinert und reichen bei einigen noch für drei Monate, bei anderen noch für fünf Monate. Es wird angenommen, daß die Tabakfabrikanten in Bremen sich im Februar oder März nächsten Jahres wiederum an den Eingekäuften in Amsterdam beteiligen wird, vorausgesetzt natürlich, daß die Preise sich in normalen Grenzen bewegen. Die Zigarettenpreise dürften also in den nächsten 6 Wochen kaum eine nennenswerte Veränderung erfahren.

Nicht Söhne auf Urlaub. Eine besondere Überwachung hat der Kaiser dem Tuchmacher Theodor Richter in Neubrandenburg anzuordnen lassen. Richter hat seit Kriegsausbruch dem Vaterland zehn Söhne zur Verfügung gestellt, und der erste steht seiner Einberufung zur Fahne entgegen. Während einer dem Helidentod stark, geriet ein zweiter in Gefangenschaft. Um nun alle seine Söhne wieder um sich versammeln zu können, schrieb Richter, der nicht in glänzenden Verhältnissen lebt, ein Gesuch an den Kaiser mit der Bitte, seinen acht Söhnen einen Wehrdiensturlaub erteilen zu lassen. Der Kaiser ließ Richter zunächst ein Gnaden-gesuch von 300 M. zustellen und die Urlaubsgesuche den zuständigen Vorgesetzten übermitteln. Jetzt hat laut „Magd.

Ztg.“ Richter die Nachricht erhalten, daß seinen Söhnen der vom Vater erbetene Wehrdiensturlaub bewilligt worden ist.

Günstigste das Pfund 2 Mark! Landbräcker Anordnung zufolge darf in Hirschfeld beim Verkauf von Gänsen das Pfund nicht teurer als 2 Mark berechnet werden, bei Tieren über 12 Pfd. 2,50 Mark. — Glückliche Geißelher!

Die Knochenkarte. Die neueste Witz in dem wahrlich ohnehin sehr bunten Strauß der Lebensmittelsorten ist die Knochenkarte. Der Ort Neu-Jensburg unfern Frankfurt a. M. hat sie eingeführt. Nur gegen Vorlegung dieser noch nicht einmal übertragbaren Karte erhalten die Bürger von Neu-Jensburg Knochen, die von einer dortigen Heeresküchleitet her Stadt geliefert werden.

Norwegens einzige Burg abgebrannt. Die älteste und einzige Burg Norwegens, Ostraal, nahe Trondhjem, die Burg der norwegischen Könige Finmagnussen, Olaf Trygvasson und Inger von Ostraal, die ungefähr im Jahre 1000 erbaut wurde, ist infolge Blitzschlags völlig niedergebrannt. Die wertvolle innere Einrichtung konnte zum Teil gerettet werden.

Eine Antwort der Kaiserin erhielt der 11 Jahre alte Sohn eines seit Kriegsausbruch im Felde stehenden Bergmanns aus Duderstadt. Der Knabe hatte ohne Wissen seiner Mutter einen Brief an die Kaiserin geschrieben, worin er um Urlaub für seinen Vater bat. Jetzt erhielt der Knabe als Antwort auf seinen Brief die Urlaubsbewilligung für seinen Vater, sowie ein Geldgeschenk von 50 Mark.

Sie werden nicht alle. Das Dresdener Schöffengericht verurteilte eine Wahrsagerin zu vierzehn Tagen Gefängnis. Es ist kaum zu glauben, daß es überhaupt noch Leute gibt, die an den Holus-Pokus glauben. Die Angeklagte will selbst ihren Schwindel nicht geglaubt haben. Für 50 Pf. sagte sie wahr und kündete die Zukunft an den Bewegungen eines im Wasser geschlagenen Fies. Besonders Kriegerfrauen seien auf den Schwindel rein, die sicher erst noch die Eier mitbrachten. Bei der Eierphantasie für die Wahrsagerin eine hübsche Extrapabe!

wurde geschoben. Der Ausbruch des Weltkrieges verhinderte das Zustandekommen der geplanten Vereinbarungen. Aber auch ohne diese war Gey gezwungen, in den ersten Tagen des August 1914 die Konsequenzen der Politik zu ziehen, die er ein Jahrzehnt verfolgt hatte. Er hatte die Ehre Englands an Frankreich und Russland verpfändet. Mit seinem Blute muß das englische Volk sie einlösen.

Rundschau

In neuen Siegen! König Ferdinand von Bulgarien hat folgenden Armeebefehl an das Heer gerichtet: Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Seit fünfzehn Monaten kämpft Ihr, um die Einheit des bulgarischen Volkes zu verwirklichen. Dank eurer Hingabe an den Glauben und an das höchste nationale Wert, Dank eurer beispiellosen Tapferkeit, sind alle Feinde, die unserer nationalen Einheit sich hindernd in den Weg gestellt haben, besiegt. Alle bulgarischen Gebiete stehen unter dem Schutze der siegreichen bulgarischen Armee. Durchdrungen von dem Gefühl der errungenen Siege, haben wir, die Herrscher der verbündeten Staaten, unsere Feinde Vorschläge zur Herstellung des Friedens gemacht. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob dieser von hoher Menschlichkeit eingegebene Schritt die gerechte Würdigung unserer Feinde finden wird. Unabhängig davon heißt es für uns nichtsdestoweniger den Kampf mit großer Energie fortzusetzen und mit Gottes des Allmächtigen Hilfe neue Siege über unsere Gegner zu erringen, bis sie begriffen haben, daß ihr auf die Unterjochung fremder Völker gerichtetes Werk der Unterstützung Gottes des Gerechten entbehrt und damit zum Scheitern verurteilt ist. Es lebe das geehrte Bulgarien!

Japanische Sonderleidenswünsche? Unter Vorbehalt meldet der „Völkischer Anzeiger“: Aus privater bisher stets als wohlunterrichteter Quelle wird mitgeteilt, daß Japan im Begriff stehe, sich von der Entente loszulösen. Der Grund soll darin liegen, daß die Entente sich gewelchert habe, bestimmte Forderungen Japans zu erfüllen, während umgekehrt Unterhandlungen mit Deutschland rasch zum Ziele führen würden. Der rasche Ministerwechsel in Japan, der Anstand, daß die japanische Munitionslieferung nach Russland aufgehört habe und gewisse andere außerhalb des Krieges stehende Tatsachen lassen die Meldung nicht unwahrscheinlich erscheinen.

Das Friedensangebot und die französische Presse. Die strenger als je waltende Zensur läßt nur jene Pariser Blätterstimmen ins Ausland gelangen, die glatte eine ablehnende Haltung zum deutschen Friedensangebot bekunden. Gründe wird man in diesen Artikeln vergebens suchen, dagegen findet man mehr oder minder leidenschaftliche Bekräftigungen des ministeriellen dreimal Nein, nichts von Verträgen, dem Schwert geführt nach wie vor die Entscheidung. Selbst Clemenceau macht in diesem Punkte den Chorus mit. Von den neutralen Blätterstimmen sei noch die „Gazette de Lausanne“ erwähnt, die hervorhebt, daß die sensationellen Berliner Nachrichten allenfalls die Bevölkerung in so hohem Grade beschäftigen, daß alle anderen Tagesfragen in den Hintergrund treten. Die Pariser Mitarbeiter italienischer Blätter halten eine Ablehnung des Vorschlages der Mittelmächte durch die Kabinette der Verbündeten für unvermeidlich. Immerhin, bemerkt der Berichterstatter des „Corriere della Sera“, verhehle man sich in Paris nicht, daß Deutschland und dessen Verbündete hoffen, auf die öffentliche Meinung dieses oder jenes Staates der Verbündeten zu wirken. Eine ähnliche Anschauung findet auch im „Journal“ Ausdruck, indem es von der Möglichkeit spricht, daß die deutsche Friedensandeutung vielleicht beabsichtige, einen Zwiespalt zwischen den Verbündeten zu schaffen.

Hindenburg an den Reichskanzler. Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte dem Reichskanzler: Euer Excellenz beglückwünsche ich zu Ihrer Reichstagsrede. Mit tiefer Bewegung und großer Genugtuung habe ich Sie gelesen. Euer Excellenz haben auf Befehl Seiner Majestät mit dieser Rede eine tiefe stillige Aufklärung unseres deutschen Vaterlandes eingeleitet, die sich würdig anschließt und sich gründet auf die Stärke des deutschen Volkes dahel und im Felde. Wir Soldaten wissen, daß es für uns gerade in diesem Augenblick keine höhere und heiligere Pflicht gibt, als den Sieg mit äußerster Tapferkeit weiter zu verfolgen und für Kaiser und Vaterland zu leben und zu sterben.

Der Reichskanzler sagte in seinem Dank: Die todesmüde Pflichterfüllung und unerschütterliche Tapferkeit der Männer, die für Deutschland fechten, bürgen uns dafür, daß wir, wenn es unsern Feinden heute noch nicht gefällt, dem Kriege ein Ende zu machen, unsern Vaterland erst recht einen festen und dauerhaften Frieden erlangen werden.

Die neutralen Staaten Europas, die unter Englands Wälfur wirtschaftlich bitter zu leiden haben, begrüßen mit aufrichtiger Freude das Friedensangebot der Mittelmächte und wünschen ihm guten und schnellen Erfolg. Die Presse der skandinavischen Staaten zeichnet sich in dieser Beziehung besonders aus. Die holländische Presse ist nicht ganz so einmütig, obwohl auch sie sich der Größe des Antriebens nicht entzieht. Kleine Gefährlichkeiten leisten sich amerikanische Blätter. Und gerade Äußerungen dieser Art übermitteln das englische Telegraphenbüro selbstverständlich nach Europa. Da heißt es, Deutschlands Angebot sei unaufmerksam, Deutschlands Absicht sei, die Welt zu täuschen, Deutschlands Vorgehen sei eine Komödie und ein Verweis der Schwäche usw.

Die Mehrheit der rumänischen Minister demissionierte. Das neue französische Kabinett erhielt gegen eine Minderheit von 165 Stimmen ein Vertrauensvotum. Der bisherige Generalstabschef Joffe wurde zum sachmännlichen Berater ernannt.

Scheidemann an die Sozialisten des Vierverbandes. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Scheidemann hielt in einer öffentlichen Versammlung zu Jemnitz eine Rede, in der er auf das Friedensangebot eintrat und an die Sozialisten in den feindlichen Ländern folgenden Appell richtete: „Wenn die Vorschläge der Mittelmächte etwas enthalten, was mit eurer Ehre und Zukunft vereinbar wäre, dann müßtet ihr sie ablehnen. Aber ihr seid verpflichtet, von eurer Regierung zu verlangen, daß sie die Vorschläge der Mittelmächte sorgfältig prüft. Würdet eine Verständigung auf sich ablehnen, so würdet ihr eine gewaltige Wunde auf euch laden und euch selbst ebenso schwächen, wie ihr uns dadurch stärken würdet.“

Die deutsche Kriegsgefangene in Frankreich behandelt werden. Zwei deutschen Grenadiere, die am

1. Juli in französische Gefangenschaft geraten waren, gelang es, am 25. November zu entkommen und die deutschen Linien wieder zu erreichen. Sie berichteten, daß sie nach ihrer Gefangennahme zunächst in Zellen untergebracht wurden und zur Nacht auf feuchtem Stroh liegen mußten. Während der ersten Tage ihrer Kriegsgefangenschaft erhielten sie, von vereinzelt kleinen Gaben an Fleischkonserven abgesehen, nur Wasser und Brot. Um der deutschen Heimat aber eine gute Verpflegung vorzutauschen, mußten sie zum Schreiben an ihre Angehörigen Karten verwenden, auf denen die täglichen Verpflegungspostkoden in phantastischen Zahlen im Umkreis prangten. Die dort angeführten Mengen wurden auch nach Zuteilung zu einem Dauerlager nie erreicht; denn Fleisch erhielten sie nur ein- bis zweimal wöchentlich, in letzter Zeit meist Pferdesteisch. An Löhnung wurden 20 Centimes pro Tag in besonderem Gefangenen-Papiergeld gewährt. Waschen war nur alle 8 Tage möglich wegen Wassermangels.

Der Kabinettswechsel in Oesterreich

hat vielfaches Bedauern erregt, da man in weiten Kreisen auf die Person des Herrn v. Körber, der nach der Ermordung des Grafen Eiseberg Ministerpräsident geworden war und das Amt nur anderthalb Monate lang verwaltet hat, ganz besonders hohe Hoffnungen gesetzt hatte. Der Rücktritt hängt in erster Linie mit der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleichs, dann aber auch mit Schwierigkeiten der inneren Politik zusammen. Dr. v. Körber wollte im Gegensatz zu verschiedenen deutschen Parteien die schwebenden wichtigen und schwierigen Fragen der inneren Politik nicht durch Ottorierung, sondern auf verfassungsmäßigem Wege lösen. In politischen Kreisen verläutet, daß das Handschreiben, das die Enthebung Dr. v. Körbers enthalten wird, andeuten werde, daß der Kaiser sich die Wiederernennung des scheidenden Ministerpräsidenten vorbehalten würde. Gerüchte werden erzählt, daß Dr. v. Körber zunächst mit der Durchführung einer besonders wichtigen Aufgabe betraut worden soll.

Der neue Ministerpräsident Dr. v. Spitzmüller hatte als Handelsminister im Kabinett Stürgkh wesentlichen Anteil und vollen Einblick in die zwischen Stürgkh und Tisza geführten Verhandlungen, und wenn er jetzt zur Kabinettsbildung gerufen wurde, so kann daraus geschlossen werden, daß er sich vor allem mit der Ausgleichsmaterie zu befassen haben wird. Es ist wohl anzunehmen, daß er an die bereits von ihm geleistete Arbeit anknüpfen wird. Man glaubt daher, daß Dr. v. Spitzmüller den Ausgleich schnell und endgültig zustande bringen wird. Der neue Ministerpräsident ist in rein politischer Beziehung bisher nicht hervorgetreten. Dagegen hat er in den Kreisen der österreichischen und der internationalen Finanz- und Handelswelt bereits einen selbstbegründeten Ruf. Dr. v. Spitzmüller begann seine Laufbahn in der staatlichen Finanzverwaltung, wurde dann zum Direktor der Kreditanstalt, einer der führenden österreichischen Großbanken, berufen und lehrte von diesem Posten als Handelsminister des Kabinetts Stürgkh vor ungefähr einem Jahre in die Staatsverwaltung zurück. Als Handelsminister hat er wesentlichen Anteil an den Verhandlungen über den österreichisch-ungarischen Ausgleich.

Den Interessen des Bundes der Zentralmächte wird Dr. v. Spitzmüller sich besonders widmen. Die „Berl. Ztg.“ erinnert in dieser Beziehung an die Rede, die der jetzige Ministerpräsident gehalten hat, als er nach seiner Ernennung zum Handelsminister am 7. September v. J. die Beamten seines Ministeriums zum ersten Male empfing. Er sagte damals über das Verhältnis Österreichs zum Deutschen Reich u. a. folgendes: So viel glaube ich schon jetzt sagen zu dürfen, daß die Neuordnung der Zoll- und handelspolitischen Beziehungen der Monarchie zum Deutschen Reich, und zwar im Sinne der Herbeiführung einer innigeren wirtschaftlichen Annäherung, eine der wichtigsten, größten und schwerwiegendsten Aufgaben ist, welche die Regierungen in der Monarchie in der nächsten Zeit zu beschäftigen haben werden. An diese Neuordnung, welche im Zusammenhange mit dem Friedensschluß durchzuführen ist, wird der Ausbau unserer handelspolitischen Beziehungen zu den Ländern des Balkans und des nahen Orients anzuknüpfen sein.

Bermittelte Nachrichten.

Englische und französische „Zivilisation“ in Afrika. Wie die Engländer und Franzosen in dem uns wider alles Völkerrecht in Afrika ausgeprägten Kampfe der Vormachtstellung der weißen Rasse unter den Schwarzen geschadet haben, darüber ist sich die zivilisierte Welt längst einig. Aber das, was eine umfangreiche Denkschrift des Reichscolonialamts davon an Einzelheiten zu sagen weiß, übertrifft selbst die kühnsten Erwartungen. Besonders charakteristisch für die Grundanschauungen englischer beamteter Persönlichkeiten über Völkerrecht sind die Äußerungen des englischen Beamten Bowd, der dem Direktor der Deutsch-Westafrikanischen Bank in Duala, auf dessen Protest wegen des von ihm verübten Bankraubes, wörtlich zur Antwort gab: „Sol' der Teufel das ganze internationale Recht!“ Wir achten weder, noch schätzen wir das private Eigentum, wir tun, was wir wollen. ... Wenn wunder es bei solchen Anschauungen, wenn in Kamerun nicht nur die Privatwohnungen geplündert, sondern auch die Gotteshäuser zerstört und ihrer geweihten Geräte beraubt wurden? Weidest ist, daß selbst englische Offiziere sich an dem zurückgebliebenen Privatbesitz Deutscher heftig vergreifen, und daß die schwarzen Soldaten den widerrechtlich Kriegsgefangenen die Kleidung, Uhren und Trauringe unter Quälung ihrer weißen Vorgesetzten förmlich vom Leibe gerissen haben! Die Behandlung der Gefangenen spottet jeder Beschreibung. Während zweier Tage erhielten Gefangene nur eine eingelegte Flasche Wasser ohne jede andere Nahrung. Ein Wärter verweigerte Bestechung zum Essen, „sie sollten auf dem Boden und mit den Händen fressen, wie sie das von Hause gewohnt seien.“ In einzelnen Orten wurden Weiße und Schwarze wahllos zusammengepackt, nachdem man sie bei glühender Tropenhitze stundenlange Wege hatte zu Fuß zurücklegen lassen, was selbst Kranken und schwangeren Frauen trotz blutigen Schmerzes zugemutet wurde. Diese Blutenlese von Kabinettsstücken englischer und französischer „Zivilisation“ (lies: Rohheit) konnte man bis zum Ende forschen, aber sie reicht aus zur Charakteristik jener „Kampfer der Zivilisation“, als welche Engländer und Franzosen gegen die „Barbaren der deutschen Hunnen“ in den Krieg gezogen sein wollen.

648 Personen beim Russeneinfall in Ostpreußen ermordet. Im Jahre 1914 allein sind, wie das Königsberger Statistische Amt mitteilt, beim Einfall der Russen in Ostpreußen 648 Personen (579 männliche und 69 weibliche) durch Mord und Totschlag ums Leben gekommen; und zwar erschossen 338 männliche, 53 weibliche, erstochen 48 männliche, 1 weibliche, erschlagen 27 männliche, 1 weibliche, verbrannt 6 männliche, 5 weibliche, ersticht 1 männliche Person; 2 Männer sind bei einem Eisenbahnunfall getötet worden. Bei 107 männlichen und 4 weiblichen Personen ist als Todesursache nur „ermordet“ angegeben.

Schneestürme und Lawnen haben in der Schweiz Unglücksfälle und Verkehrsstörungen angerichtet. Im Engadin und im Kanton Valais herrschen juchende Schneestürme. Im Saastal wurden 18 Ställe mit Vieh und das Hotel auf dem Monte Moro durch Lawnen zerstört. Bei den Vernichtungswunden wurden acht Mann von einer Lawine begraben; sie konnten gerettet werden. Die Jullerpost wurde durch eine Lawine mit vier Mann und fünf Pferden in den Jullerbach geworfen. Die Bergbahnen konnten ebenfalls gerettet werden. Die Malojapost ist unterbrochen, die Räthliche Bahn gesperrt.

Plan eines Brückenbaus über den Vörsprung. Nach Meldungen einer türkischen Zeitung hat ein österreichischer Ingenieur das Projekt für den Bau einer Brücke über den Vörsprung ausgearbeitet. Nach diesem soll die Brücke aus einem Mittelfeld mit einer Spannweite von 205,5 Metern und zwei Seitenteilen von je 162,75 Metern bestehen; die letzteren sollen auf Steinsäulen mit einem Fundament aus Beton ruhen. Die mittlere Höhe der Brücke über dem Meeresspiegel soll 88 Meter betragen. Das Gesamtgewicht der Brücke wird auf 71 000 Doppelzentner und das Gewicht der Tragpfeiler auf 12 000 Doppelzentner berechnet. Die Baukosten werden auf 12 Millionen Mark veranschlagt.



Das Friedensangebot der Mittelmächte. Die Angelegenheit im Reichstag. (X) Der Reichskanzler.

Wandlung.

Zahr um Jahr mit blankem Flug
Furcht ich mein Feld
Fern von allem Land und Trug
Einer lauten Welt.

Herbsterdunst trägt meine Erde,
Kornlein sinkt hinab.
Frühling hebt's mit seinem Werde
Einst aus grauem Grab.

Und dann wipert eine Weise
Freund der lauen Wind.
Meine Scholle almet leise,
Wie im Traum ein Kind.

Ueberreich quillt dann Segen
— O! durch Frühlingschnee —
Aus den Furchen mir entgegen
Nach dem Winterweh.

Einst beschließen mich die Sorgen
Ob gekehrter Stimm' ...
Ich sah meinen Frühlingsmorgen
Fern wie goldenen Stern.

Einmal trägt man mich zu Grabe,
— So im Heimwärtsgehn
Dach' ich's — Haus und Habe
Wird im Wind verwehn.

Eine schwere Wehrmüllwelle
Boje mit durchs Herz ...
Sinnend trete ich die Schwelle,
Noch gebannt vom Schmerz.

Als der Kinder hellstes Singen
Jauchzend mich umwirbt ...
Lied, es kann sich nur versingen,
Wer so stirbt.

Franz Mahle.

Schirmfabrik

L. M. Genevrière

gegr. 1818

Entenpfuhl 35 COBLENZ Löhrrstraße 45

empfiehlt ihre
reichhaltige Auswahl in

Damen-, Herren- und Kinder-Schirmen

in Seide, Halbseide und Baumwolle
in bekannt guter Ware.

Uebersziehen und Reparaturen schnell und billigst.

Wasserdichte Mantelseide

in allen Farben vorrätig

Das willkommenste Weihnachts-Geschenk

ist ein eleganter Karton mit

Feinseife

nur deutsches Fabrikat, mit einem feinen Gläschen

Parfüm in reicher Auswahl

bei mir zu haben, ebenso die größte Auswahl in

Weissen Celluloid-Waren

wie

Bürsten, Kämme, Spiegel, Seifendosen,
Zahnbürsten, Ständer, Haartüten,
Schwammkörbe, Nagelpflege- und
Toiletten-Kasten

zu noch sehr billigen Preisen.

Moderner Haarstimper

wie

Spangen, Nadeln, Zier-, Seiten- und
Naeken-Kämme

in reicher Auswahl und zu niedrigen Preisen.

Jos. Boncelet Ww.

Parfüm- und Lederwaren-Geschäft

Coblenz,

nur Jesuitengasse 4.

Als passendes Weihnachtsgeschenk empfehle: Visit- und Gratulationskarten

moderne Muster in reichhaltiger Auswahl
sowie

Privatbriefbogen u. Korrespondenzkarten

mit seidengefüllten Umschlägen

in feiner Ausführung.

L. Rühlmann,
Buchdruckerei, Höhr.

Private Handelsschule

Bernd Böhne, Neuwied

Bahnhofstraße 71

Telefon 432

gegründet 1905

**Gründliche gewissenhafte Ausbildung
für Damen und Herren**

in Buchführung, Korrespondenz, Rechnen,
Wettstellige, Kontopraxis usw.

Schönheitszeichnen, Stenographie
und Maschinenschrift.

Vormittags-, Nachmittags- und Abend-Kurse.
Beginn jederzeit. Probestunde frei.

1000 Anerkennungen.

Beginn neuer Hauptkurse am
3. Januar 1917.

Prima Lack

Marke Brillant
(D. R. G. M.)

eignet sich ganz besonders zum
Anstrich von Fußböden

sowie für jeden Innen- und
Außenanstrich.

Allein-Verkauf, per Liter
Mk. 2,80, bei

Joh. Gräf,

Kolonialwaren-Handlung
Höhr, Cergstraße.

Eine Wohnung

mit 2 oder 3 Zimmern zu ver-
mieten. Näheres zu erfragen
in der Expedition d. Bl.

Provinzielles und Vermischtes.

Kassel, 15. Dez. Bei einem größeren Bauern des
Kasseler Landes sah ein reicher Städter einen Schinken, für
den er 100 Mark bot. Als der Bauer sich weigerte, legte
der Herr 200 Mark auf den Tisch. Auch da blieb der
Schinkenbesitzer hart. Jetzt warf der Städter den dritten
Hundert auf den Tisch, ergiff den Schinken und eilte mit
dem kostbaren Gut spornstreichs von hinnen.

Lahr a. M., 13. Dez. Bei der Verpackung eines
Korallenbades zwischen Frimmersbach und Pöstenstein wurden
1600 Mark Jahrespacht erzielt gegen 300 Mark in den
letzten Jahren. Bis vor zehn Jahren kosteten diese Fisch-
gründe 17,50 Mk. Die jetzt erzielte Pachtsumme bedeutet

Dr. Zimmermann'sche

Handelsschule

Coblenz

Hohenzollernstrasse 148

Beginn eines neuen

Halbjahrskursus

am 10. Januar 1917.

Näheres durch Prospekt.

Die neuen Jahresklassen be-
ginnen am 17. April 1917.

gegen die letzte eine Steigerung von rund 500, gegen die
von 17,50 Mk. gar um 9000 Prozent.

Erfolge unserer Unterseeboote.

Berlin, 17. Dez. Amlich. Ein unserer U-Boote
hat am 12. Dezember 55 Seemeilen Ost-Südost von Malta,
ein französisches Linienschiff der Patrie-Klasse durch Torpedo-
schuß schwer beschädigt.

Ein anderes U-Boot hat am 11. Dezember südlich
der Insel Pantellaria den bewaffneten französischen Truppen-
Transportdampfer „Magallan“, 6027 Tonnen groß, mit
über 1000 Mann weißer und farbiger Truppen an Bord
durch Torpedoschuss versenkt.

— In England wurde ein fleischloser Tag in der
Woche eingeführt.

Bewaffnung der Handelsschiffe.

Die englische Agitation für Bewaffnung der Handels-
schiffe ist nach wie vor sehr lebhaft. Nur ausnahmsweise
wird, wie in der Aufschrift eines Seeoffiziers, darauf hinge-
wiesen, daß man für eine durchgängige Bewaffnung der
Handelsschiffe mindestens 16 000 Mann Geschützbedienung
und 8000 Geschütze brauchen würde, die bei der Kriegsmarine
viel nützlicher seien. Trotz solcher Bedenken haben noch am
6. Dezember zwei Dampfer eine Kriegsversicherung nur unter
der Bedingung abschließen dürfen, daß sie sich bewaffneten.

Bis 25 Millionen Hektoliter Getreide in Rumänien erndet.

Berlin, 16. Dez. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus
Stockholm: Nach einer Aufstellung der rumänischen
Erntegergebnisse für 1916 sind nach geringen Abtransporten
und Vernichtung bereits 60 Prozent der Vorräte den
Deutschen in die Hände gefallen, und zwar 2,5 Millionen
Hektoliter Weizen, 1 Million Hektoliter Roggen, 7,75 Millionen
Hektoliter Gerste und 8,80 Millionen Hektoliter Mais, in-
gesamt 25 Millionen Hektoliter.

Gekanntmachung.

In letzter Zeit wiederholen sich die Fälle, daß Gesuche
um Zurückstellungen bzw. Beurlaubungen mit unvollstän-
digen Angaben beim Bezirkskommando eingehen. Es
wird gebeten, die Bürgermeisterämter zu ersuchen, darauf
zu achten, daß in den Gesuchen genau anzugeben ist:

1. Zu- und Vorname des Reklamierten,
2. Geburtsdatum,
3. Wohnort,
4. Militärverhältnis (ob aktiv gedient, Ersatz-Reserve
oder ungedienter Landsturm; wenn aktiv gedient
steils angegeben, von wann bis wann und bei welchem
Truppenteil.)

Wird ein Gesuch eingereicht und der Reklamierter hat
bereits einen Stellungsbefehl in Händen, so ist im Ge-
such anzugeben, zu welchem Truppenteil er beordert ist.
Gesuche ohne diese Angaben können nicht bearbeitet
und müssen in jedem Falle vom Bezirkskommando zurück-
gewiesen werden.

Oberlahnstein, den 22. November 1916.
Bezirkskommando Oberlahnstein.

Wird veröffentlicht.

Höhr, den 6. Dezember 1916.

Dr. Arnold: Bürgermeister.

Pelzwaren

la. Kürschnerarbeit

soweit das Lager
reicht, zu vorteil-
haften Preisen.

Der altrenommierte Name der Firma bietet die beste
Garantie für prima Ware und reelle Bedienung.

L. M. Genevrière

Coblenz

Entenpfuhl 35

gegenüber
der Jesuitengasse.

Kgl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Zur 1. Klasse 9. (235.)
Lotterie, Ziehung am 9. u. 10.
Januar 1917, nimmt gegen
umgehende Einsendung des Be-
trages Bestellungen entgegen
für:

$\frac{1}{8}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{1}$
5.— 10.— 20.— 40.— Mk.
Für Porto von auswärts
20 Pfg. mehr.

Soweit Vorrat reicht, gehen
die Lose sofort, sonst rechtzeitig
vor der Ziehung zu. Letzter
Einsendungsfrist 5. Jan. 1917.

H. Niederheiser

Königl. Preuss. Lotterief-
Einnehmer.

Neuwied, Marktstraße 13.

Vaterländischer Hilfsdienst!

Die unterzeichnete, für Kriegslieferung beschäftigte
Firma, stellt schon heute

freiwillige Grundarbeiter u. Tongräber

bei hohem Accordlohn ein, ebenso Fuhrwerke.
— Auswärtige Arbeiter erhalten Fröngeld-Bergütung.
— Zu melden bei Betriebsführer Peter Müller 4r zu Siersbach.

J. J. Capitain,

Tonbergbau und Chamottebrennerei,
Ballendar am Rhein.

Rheinisches Kaufhaus in Höhr

Rheinstraße 4, geeignet für jedes Geschäft, ist unter
günstigen Bedingungen ab 1. Januar zu verkaufen oder zu
vermieten.

Näheres in der Expedition d. Blattes.